

Die Arbeitsgemeinschaft der Mitte.

Die Haltung der Parteien.

Von Erieh Dombrowski.

Die Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mittelparteien scheint nun noch Zeitige zu werden. Seit gleichgültig hat Dr. Stresemann von der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum dem Parlamentarismus in die Hände geworfen, als die beiden sozialistischen Parteien, allen Göttern der Vergangenheit vergebend, sich gemeinsam an einen Tisch setzen. Zunächst begegnete dieser Wink einem allgemeinen Juristenspruch. Niemand trauete sich recht mit der Sprache heraus und mochte diesen schiffsichtigen Boden zu betreten. Dann aber, nach den ersten Stunden der Liebeswerbung, gewann diese Idee mehr und mehr Terrain. In diesen Augenblicken, da die Fraktionen zusammengetreten sind, um endgültige Beschlüsse zu fassen, ist das Werk im Werden. Welche Form die Arbeitsgemeinschaft annehmen wird, wann man noch nicht sagen kann. Eine Möglichkeit muß von vornherein ausgeschlossen werden. Das ist eine Kampfbildung, eine Kampfbildung gegen die Sozialdemokratie allein soll. Davon darf man nicht ablassen und unter keinen Umständen die Rede sein. In der gegenwärtigen äußeren und innenpolitischen Situation sollte man sich nicht in eine Kampfbildung einlassen, eine unüberwindliche Kampffront gegen die Sozialdemokratie und die Fraktionen bilden. Das wäre der erste Schritt zur Flucht Germania. Was nutzt, ist nicht Spaltung, nicht Trennung, sondern Zusammenfassung aller Elemente, die vorwärtsbewusst sind und sich auf republikanischer Grundlage am Widerbau des Reiches beteiligen wollen. Von diesem Gesichtspunkte ist das Problem der Arbeitsgemeinschaften zu betrachten. Es handelt sich darum, nach all den verschiedenen Experimenten, endlich zu stabilen parlamentarischen Verhältnissen, das heißt zu einem System großer Parteien zu kommen, das allein eine klare Innen- und Außenpolitik auf lange Sicht ermöglicht.

Die Unerwartung: Das von der Rechten für heilig befahene parlamentarische System beginnt allmählich die ersten Früchte zu bringen. Im alten Regime hat die Sozialdemokratie fast fünfzig Jahre in unruhiger Opposition gegen den Staat gestanden, weil ein halbsozialistischer Monarchismus es nicht verstanden hat, die Rechte der Arbeiterklasse mit der politischen Verantwortung heranzuziehen und sie organisch in den Staatsorganismus einzufügen. In republikanischen Reich hat es noch nicht vier Jahre gedauert, und es auf der einen Seite die radikalen und die ursprüngliche Rechte dem republikanischen Staat näher zu bringen, so daß sie jetzt bereit sind, selbst in die Regierung einzutreten, und vor Monaten gegenüber sozialer und wirtschaftlicher Ertüchtierung, die Mitverantwortung für das kommende zu tragen. Auf der rechten Seite die Sozialdemokratie. Die deutsche Volkspartei ist dem Reich gekommen, um die Sozialdemokratie, und jetzt? Nach drei Jahren hat sie nach und nach eingesehen, daß sie für einen Politiker auf die Dauer unmöglich und unerträglich ist, an harten Dingen einer überbüchsen Regierung gefühllos, wenn das künftige Leben längst darüber hinweggegangen ist. Die deutsche Volkspartei ist willens, den in Hand brüderlich mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten, wie sie es heute schon in Strafen und in anderen Ländern tut, und hat sich in diesen Tagen kategorisch durch ihre höchste Parteiführung erklären lassen, daß der Widerbau des Reiches nur auf unüberlebbarer Zeit nur auf republikanischer Grundlage möglich ist.

Was bedeutet eine Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte, nachdem einseitig die republikanische Politik durch einen Versuch einer Einigung der Rechten, der Sozialdemokratie, der Volkspartei und des Reiches im ersten Augenblick, die nach vielen Schwierigkeiten und Streitigkeiten in vielen Kreisen zu überwinden ist. Eine Einigung, wenn sich die ersten praktischen Folgen dieser neuen parlamentarischen Gruppierung ergeben werden. Wir gehen an dieses Thema völlig unvoreingenommen heran. Nicht mit Entschlossenheit, aber auch nicht mit dogmatischer Bindung. Es handelt sich um einen Versuch. Am nicht weiter. Es ist eine Idee auf Förderung, oder eine Idee ohne fremdenartige Eintragung und künstliche Zerrung. Die Arbeitsgemeinschaft der Mitte muss einen starken Charakter zu außer den Rechten ziehen, von der Monarchismus, des Chauvinismus, die Rastlosigkeit und Gewalttätigkeit zu Hause sind. Mit den Zeitungsaktionen und den ihnen alliierten Zeitungsaktionen darf es kein Bienen und kein Rossieren sein. Es soll nicht ein Kampf sein. Die deutsche Volkspartei muß sich entfalten, auch die letzten Mittel aus ihrer Wohnung zu nehmen, die sich bisher in dem gemeinsamen Gange der Rechten befanden. Auch links muß die Arbeitsgemeinschaft jede Verhängung und doch links mit den beiden sozialistischen Parteien suchen und ihren Ausgleich mit ihnen auf eine Weisheit der ganzen breiten Mitte hin arbeiten. Denn darüber darf sie sich nicht im Insten täuschen, daß auch sie trotz der Zusammenfassung von drei Parteien doch ein Minderheitspartei des Parlamentes darstellt. Kommt die Arbeitsgemeinschaft zustande, so darf sie nur lose sein und nur gewissermaßen eine clearing- oder Ausgleichsorganisation innerhalb der drei Fraktionen ermöglichen. Die wichtigsten der drei sind: innerparteiliche Arbeit, dann darüber darf sie sich nicht im Insten täuschen, daß auch sie trotz der Zusammenfassung von drei Parteien doch ein Minderheitspartei des Parlamentes darstellt. Kommt die Arbeitsgemeinschaft zustande, so darf sie nur lose sein und nur gewissermaßen eine clearing- oder Ausgleichsorganisation innerhalb der drei Fraktionen ermöglichen. Die wichtigsten der drei sind: innerparteiliche Arbeit, dann darüber darf sie sich nicht im Insten täuschen, daß auch sie trotz der Zusammenfassung von drei Parteien doch ein Minderheitspartei des Parlamentes darstellt.

gabe der demokratischen Partei und des Zentrums sein, die gegen republikanischen Möglichkeiten innerhalb der Arbeitsgemeinschaft aufrechtzuerhalten und aufs äußerste zu betonen. Auch in demokratischen Kreisen, namentlich in der Jugend, werden sich Stimmen der Kritik melden. Sie durch eine kluge, klare und eindeutige Politik, auch im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft, zu unterstützen, wird Betreuer der demokratischen Fraktion sein müssen. Man wird konsistenter nicht ohne weiteres an dem Wege gehen dürfen, bis um das Schöne zu gehen, aber man wird es nicht darauf ankommen, nicht schändlich nachgeben dürfen. Diese Probe wird zweifellos über kurz oder lang bestanden werden müssen. Denn wird der Moment kommen, wo der rechte Flügel der Deutschen Volkspartei, die Unruhe und Genuß, vor die Entscheidung gedrängt werden, ob sie nicht lieber außerhalb dieser Arbeitsgemeinschaft ein Feld für ihre Betätigung suchen wollen. Wir behalten uns jedenfalls vor, scharfste Kritik an all den Personen und den Vorgängen zu üben, die aus dieser Arbeitsgemeinschaft zu etwas wie einem kommunistischen Bürgerblock, einem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, werden und die auf diesem Wege verfolgenden, die deutsche Politik von ihren republikanisch-demokratischen Richtlinien abdrängen und nach rechts zu schieben. In dem Augenblick, wo wir das wahrnehmen müssen, würden wir zum schärfsten Kampf gegen eine Verwässerung des demokratisch-republikanischen Gedankens übergehen. Die deutsche Volkspartei hat alle Veranlassung, gerade auf ihre Unabhängigkeit in dem Augenblick, damit dieser Zeitpunkt nicht bereits morgen oder übermorgen eintritt. Im preussischen Landtag hat sie, abgesehen von den anderen Parteien, die Schlüsselrolle für die Republik zum großen Teil zusammen mit den Unabhängigen gemacht. Das ist ein verheißungsvoller Anfang. Wir wünschen und hoffen, daß sich die Verhältnisse im Reichstag ähnlich entwickeln werden. Wo nicht, müssen die Demokraten es sein, die das Schicksal dieser Dinge bestimmen und die für den Erfolg hinter sich aufzulassen.

Die heutigen Besprechungen.

Die Frage einer Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte war heute vormittag Gegenstand eingehender Fraktionsberatungen. Der Reichspräsident hatte bereits am Sonnabend, bald nach der Rückkehr aus Dresden, die Parteienleiter einladend zu Besprechungen gebeten. Von der demokratischen Fraktion erschienen Dr. Lehmann und Koch bei ihm, während die Deutsche Volkspartei später durch Dr. Stresemann vertreten war. Erst hat ursprünglich die Arbeiterpartei, auf die Parteien einzuwirken, es alles beim alten zu lassen. Doch setzte die Sozialdemokratie diesen Entschluß in Frage und behauptete, bis heute auf Einzelgehens die Verhandlungen in die Rechten und in die Regierung. Insofern war Sonnabend die Situation sehr kritisch. Es schien nur nach dem Ausweg einer Reichstagsauflösung zu bleiben. Der Reichspräsident aber ließ in seinen Auslassungsversuchen nicht nach und machte den Vorschlag, gegebenenfalls einen unabhängigen sozialistischen Staats-Versteher in die Reichsregierung zu berufen. Aber sowohl das Zentrum wie auch die Demokraten verkehrten auf ihrem vom herein eingemommenen Standpunkt, das eine einseitige Erweiterung der Regierung nach links nicht in Betracht kommen dürfe.

Am Sonntag Abend hat der Führer des Zentrums, Dr. Marx, die Vertreter der Demokratie und der Deutschen Volkspartei zu sich und erörterte mit ihnen die Möglichkeit einer Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte. Er war der Ansicht, daß man dabei am besten die Volkspartei im Zentrum lassen sollte, weil doch immerhin Teile von ihr mit dem monarchistischen Gedanken spielten. Dieser Vorschlag wurde sowohl von den Demokraten wie auch von den Volksparteilern gebilligt. Dr. Stresemann betonte in seinen weiteren Besprechungen, daß eine solche Arbeitsgemeinschaft keinen Widerspruch gegen die Sozialdemokratie darstellen dürfte. Im Gegenteil, sollte er in enger Verbindung mit der Sozialdemokratie fruchtbar parlamentarische Arbeit zu leisten versuchen.

Es schlug eine große Anknüpfung dieser Arbeitsgemeinschaft vor und rege an, darin auch gleich gewisse Aufgaben der nächsten Zukunft einzugewöhnen. Alle Parteien der Mitte waren sich heute einig, daß von einer Parteiförderung oder auch nur von dem ersten Schritt einer Fusion auf dem Wege der Arbeitsgemeinschaft keine Rede sein dürfe. Es könnte sich lediglich darum handeln, innerhalb der Reichstagsfraktionen gewisse Verhandlungsmöglichkeiten durch eine unmittelbare Aussprache der Arbeitsgemeinschaft zu schaffen und so die gesamte parlamentarische Arbeit zu erleichtern. Möglichkeit wurde auch die Arbeitsgebiete bleiben, einen kulturellen, einen wirtschaftlichen und einen politischen Austausch bilden und bei untergeordneten Fragen gemeinsame Redner bestellen, um der Parteiförderung ein Ende zu machen. Alle diese Dinge sind aber noch in der Schwebe, da definitive Beschlüsse der Fraktionen noch nicht gefasst sind. Gleichwohl werden die Fraktionen auch erst das Bestehen der obersten Parteiconferenzen einsehen, die sie sich die Hände binden. Unter diesen Umständen würde die ganze Sache verlagert und erst beim Wiederauftritt des Reichstages, also um die Mitte des Oktober, auf zu werden. Wenn wider Erwarten infolge der Haltung der Sozialdemokratie es doch zur Auflösung des Reichstages kommen sollte, so kann man hier ausdrücklich betont sei, von einer Wahlkampfgemeinschaft der bürgerlichen Mitte nicht die Rede sein. Wenigstens die demokratische Partei hat allen Anlaß, sich in diesem Falle getrennt von den anderen in die Wahlkämpfe zu begeben.

Am die Mittagsstunde trat die sozialdemokratische Fraktion zu einer eingehenden Sitzung zusammen. Von ihrem Ergebnis wird viel abhängen.

(Siehe auch Seite 2.)

T. W. Die Engländer erkennen immer mehr, daß das untere Reich in die Ziele ein allgemeiner Vergütung versehen konnte, und Lloyd George legt seine in Genie bekommenen Bemühungen, das Herrn Poincaré fürzuzumachen, dringlicher fort. Da Poincaré die europäischen Probleme abdoletarisch wie einen einfachen Erbschaftsfall behandelt und nur die Richtigformel „Was zum letzten Centime“ den klugen nationalen Geistes in der Genie genommenen Bemühungen, das Herrn Poincaré fürzuzumachen, dringlicher fort. Da Poincaré die europäischen Probleme abdoletarisch wie einen einfachen Erbschaftsfall behandelt und nur die Richtigformel „Was zum letzten Centime“ den klugen nationalen Geistes in der Genie genommenen Bemühungen, das Herrn Poincaré fürzuzumachen, dringlicher fort.

Die bereits veröffentlichten Dokumente des Auswärtigen Amtes, die man in Paris aufmerksam studieren sollte, zeigen wie sich Bismarck gegenüber der französischen Republik und ihrer Regierung verhielt. Während die Poincaré und Genossen die stärksten Verbündeten unserer extremen Rechten sind, wie unsere extremen Rechtspolitiker die besten Verbündeten und Helfer des Herrn Poincaré, war Bismarck sofort nach dem Frieden 1870 auf die Konsolidierung der neuen Verhältnisse in Frankreich bedacht. Genie, er handelte dabei auch in dem irigen Glauben, ein republikanisches Frankreich werde weniger schmerzhaft als ein monarchisches sein. Aber er tauchte sich keineswegs darüber, daß gerade die Entmischung des republikanisch-demokratischen Staatswesens, das stolze Selbständigkeitsgefühl, zu einer kräftigen Frankreichs führen würde, und wenn er trotzdem, und trotz aller Abneigung des alten Kaisers, die Republik planvoll ermöglichte, so tat er es, weil er mit Recht ein selbige Landes, nicht mehr die Staatsform kämpfendes Land lieber als ein zerrissenes, von aufgelösten, ewig mit Heereszügen bedrohtes in nächster Nachbarschaft sah. Die Franzosen konnten einwenden, gerade aus den Dokumenten geht hervor, daß er genau und scharf auf Bezählung der fünf Kriegsmilliarden hielt. Aber ganz abgesehen davon, daß ihnen bei der Rückzahlung der Kriegsschuld nicht die geringste Rücksicht entgegengebracht wurde, wollen sie nicht zugeben, auf diese fünf Milliarden zu erinneren, denn in der Bilanzzeit der fünf Millionen der Krieges leicht tragbaren Summe gemessen, erscheint die Ausgaben Deutschlands noch unangehöriger, und überdies wurden die Franzosen in Beschuldigung der Rechten der Empörung des Reiches im Jahre 1870 und 1871, wo die Reichsregierung nicht nur die Steuererhöhung geübt, sondern auch eine außerordentliche Steuererhöhung geübt, während Frankreich die Steuererhöhung nicht geübt, während Frankreich die Steuererhöhung nicht geübt, während Frankreich die Steuererhöhung nicht geübt.

die der französischen Republik und ihrer Regierung verhielt. Während die Poincaré und Genossen die stärksten Verbündeten unserer extremen Rechten sind, wie unsere extremen Rechtspolitiker die besten Verbündeten und Helfer des Herrn Poincaré, war Bismarck sofort nach dem Frieden 1870 auf die Konsolidierung der neuen Verhältnisse in Frankreich bedacht. Genie, er handelte dabei auch in dem irigen Glauben, ein republikanisches Frankreich werde weniger schmerzhaft als ein monarchisches sein. Aber er tauchte sich keineswegs darüber, daß gerade die Entmischung des republikanisch-demokratischen Staatswesens, das stolze Selbständigkeitsgefühl, zu einer kräftigen Frankreichs führen würde, und wenn er trotzdem, und trotz aller Abneigung des alten Kaisers, die Republik planvoll ermöglichte, so tat er es, weil er mit Recht ein selbige Landes, nicht mehr die Staatsform kämpfendes Land lieber als ein zerrissenes, von aufgelösten, ewig mit Heereszügen bedrohtes in nächster Nachbarschaft sah. Die Franzosen konnten einwenden, gerade aus den Dokumenten geht hervor, daß er genau und scharf auf Bezählung der fünf Kriegsmilliarden hielt. Aber ganz abgesehen davon, daß ihnen bei der Rückzahlung der Kriegsschuld nicht die geringste Rücksicht entgegengebracht wurde, wollen sie nicht zugeben, auf diese fünf Milliarden zu erinneren, denn in der Bilanzzeit der fünf Millionen der Krieges leicht tragbaren Summe gemessen, erscheint die Ausgaben Deutschlands noch unangehöriger, und überdies wurden die Franzosen in Beschuldigung der Rechten der Empörung des Reiches im Jahre 1870 und 1871, wo die Reichsregierung nicht nur die Steuererhöhung geübt, sondern auch eine außerordentliche Steuererhöhung geübt, während Frankreich die Steuererhöhung nicht geübt, während Frankreich die Steuererhöhung nicht geübt, während Frankreich die Steuererhöhung nicht geübt.